

16./XII. 1915

184

*Obmänner-Konferenz*

gewisse Spesen (Zustellgebühren) einen günstigen, preisvermindernden Einfluß haben wird.

Zieht man alle vom k. u. k. Militär-Bergamte gebotenen Vorteile in Betracht, so dürfte der Einkauf zum Preise von 18 K gerechtfertigt sein.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärt, daß der Verkauf der Braunkohle im bisherigen Ausmaße aufrecht erhalten bleibe. Um die Kohlenversorgung Wiens sicherzustellen, bleibe nichts anderes übrig, als das Anbot anzunehmen. Das für Wien nicht benötigte Quantum werde nach dem mit der Länderbank bestehenden Vertrag durch diese an die Provinz abverkauft werden. Selbst wenn die Gemeinde bei dieser Aktion einen finanziellen Schaden erleiden sollte, sei es doch Pflicht der Gemeinde, eine ausreichende Versorgung der Stadt mit Kohle sicherzustellen.

Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller fragt an, ob genügend Braunkohle vorhanden sei, um die ärmere Bevölkerung zu befriedigen.

Magistrats-Sekretär Dr. Fastenbauer erklärt, daß aus der alten Anforderung noch 900 Waggons ausständig seien, sobald dieser Vorrat zu Ende sei, werden wieder neue Vorräte angefordert werden.

Gem.-Rat Schmid fragt an, ob es wahr sei, daß die Dombrowa-Kohle bei der Lagerung leicht in Brand gerate.

Vize-Bürgermeister Hierhammer bemerkt hiezu, daß die Gemeinde seit Jahren diese Kohle beziehe (Kasimir-Flora-Grube). Diese Kohle sei seinerzeit von der Firma Haller eingeführt worden, um gegenüber den Händlern, die preußische Kohle einführten, ein Gegengewicht zu schaffen. Die Gemeinde habe damals einen größeren Schluß gemacht und sogleich wurde gegen diese Kohle ein Kesseltreiben veranstaltet. Dieselben Händler, die die Qualität der Kohle seinerzeit herabsetzten, haben sich später bemüht, sobald für diese Kohle das Absatzgebiet gefunden war, diese selbst zu erwerben, um sie dann an die Gemeinde teuer zu verkaufen. Diese Bemühungen seien aber vereitelt worden. Die Dombrowa-Kohle sei eine gute, nicht feuergefährliche Kohle.

Magistrats-Sekretär Dr. Fastenbauer erklärt, daß die Dobrowakohle etwas weniger Heizkraft wie die preußisch-schlesische Kohle besitze, im übrigen aber von vorzüglicher Qualität sei.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner führt aus, daß sich schon ein großer Teil der Bevölkerung an die Braunkohle gewöhnt habe, es sei die wichtigste Aufgabe der Gemeinde, genügende Vorräte anzuschaffen. Nach den Ausweisen des Marktamtes sei die Abfuhr der Kohle vom Nordbahnhofe auch während des Sommers außerordentlich groß, dieser Umstand müsse sehr begrüßt werden.

Die Obmänner-Konferenz erklärt sich mit dieser Aktion der Gemeinde einstimmig einverstanden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner bespricht hierauf den Erlaß des Ministeriums des Innern vom 24. Juli 1915, betreffend die Bekämpfung der Preistreibereien mit unentbehrlichen Bedarfsartikeln und zitiert den Hinweis der Verordnung auf die Stadt Hamburg, die bereits 30 Millionen Mark für Approvisionierungszwecke aufgewendet habe, worin er einen Vorwurf gegen die österreichischen Gemeinden erblicke. Es scheine, daß das Ministerium des Innern die ausländischen Verhältnisse intensiver verfolge als die inländischen.

Hierauf bringt der Bürgermeister das nachstehende Kalendarium über die Schritte der Gemeinde in Angelegenheit der Vieh- und Fleischversorgung seit Kriegsbeginn zur Kenntnis.

Kalendarium über die seitens der Gemeinde Wien in Angelegenheit der Vieh- und Fleischversorgung seit Kriegsbeginn unternommenen Schritte.

28. Juli 1914. (Tag der Überreichung der Kriegserklärung an Serbien.) Eingabe an den Ministerpräsidenten, betreffend die Ermäßigung der Zölle für Vieh und Fleisch aus dem Vertragsauslande für Lieferungen an die Gemeinde.

20. September 1914. Eingabe an das Ackerbauministerium um Einfuhrbewilligung für argentinisches Fleisch und Gewährung der Zollfreiheit für diese Sendungen.

6. Oktober 1914. Schreiben an den Bürgermeister von Budapest mit dem Ersuchen um Unterstützung dieser Aktion bei der ungarischen Regierung.

15. Oktober 1914. Einrichtung der Kühlanlage im Pferdeschlachthause als Gefrierhaus.

15. Oktober 1914. Abermaliges Schreiben an den Bürgermeister in Budapest in derselben Angelegenheit. (Der Bürgermeister von Budapest hatte mitgeteilt, daß das ungarische Ackerbauministerium Schwierigkeiten mache.)

25. Oktober 1914. Eingabe an die Regierung im Wege der Statthalterei mit der Bitte um Aufhebung der Zölle für den Bezug von Auslandsfleisch überhaupt.

12. (14.) November 1914. Konferenz des Bürgermeisters beim Ackerbauminister. Der Bürgermeister äußert seine Befürchtungen über das Eintreten einer Fleischnot, insbesondere vom Frühjahr 1915 an und weist auf den starken Auftrieb von Kühen, und zwar auch trächtiger auf dem Rindermarkte hin.

Der Ackerbauminister erklärt in autoritativer Weise, Befürchtungen über das Eintreten einer Fleischnot seien unbegründet, da genug Rinder in Österreich und Ungarn zur Verfügung ständen.

14. November 1914. Konferenz des Bürgermeisters beim Ministerpräsidenten in Angelegenheit der Fleischversorgung. Der Ministerpräsident gibt bekannt, daß die ungarische Regierung brieflich die prinzipielle Zustimmung zu einer Schiffsladung argentinischen Fleisches für Wien gegeben habe. (Ohne Zollfreiheit.)

1. Dezember 1914. (D. R.\*) Eingabe an das Ackerbauministerium, es solle durch Kundmachung die Landbevölkerung vor Untrieben gewissenloser Agenten und vor Angstverkäufen, insbesondere von Kühen, warnen.

1. Dezember 1914. (D. R.\*) Resolution an die Regierung, betreffend eine bevorstehende Fleisch- und Milchnot.

9. Dezember 1914. Eingabe an das Ackerbauministerium, betreffend Einschränkung der Schlachtung jungmellender und trächtiger Kühe.

11. Dezember 1914. Beginn der Verhandlungen mit der Austro-Americana und mit Fratelli Cosulich, betreffend die Einlagerung von einer Million Kilogramm gefroren und gefühlten Fleisches in Triest.

17. Dezember 1914. (D. R.\*) Scheitern der Aktion Cosulich. (Hohe Lagerungskosten, Dezimierung des Viehstandes durch die erforderlichen Inlandschlachtungen und die dadurch hervorgerufene Preissteigerung.)

\*) Obmänner-Konferenz.